

---

**Gesetz über die Förderung der Krankenpflege und der  
Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen  
(Krankenpflegegesetz)**

Änderung vom [Datum]

---

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BR Nummern)

Neu: —  
Geändert: **506.000**  
Aufgehoben: —

---

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 87 der Kantonsverfassung, nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

**I.**

Der Erlass "Gesetz über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen (Krankenpflegegesetz)" BR [506.000](#) (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:

**Art. 17 Abs. 2 (aufgehoben)**

<sup>2</sup> *Aufgehoben*

**Art. 18f Abs. 3 (neu)**

<sup>3</sup> Die Beträge, um die die Beiträge für gemeinwirtschaftliche Leistungen in Anwendung von Absatz 1 litera d gekürzt werden, sind anteilmässig denjenigen Spitälern auszurichten, die eine höhere Anzahl Ausbildungsplätze für Gesundheits- und Sozialberufe zur Verfügung stellen als von der Regierung festgelegt.

---

### **Art. 20 Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Die Regierung kann nach Anhören der Gemeinden Planungsregionen bezeichnen **und die Gemeinden den Planungsregionen zuteilen.**

### **Art. 21 Abs. 5 (neu)**

<sup>5</sup> Jede Gemeinde einer Planungsregion ist verpflichtet, sich an den Investitionsbeiträgen gemäss Artikel 21 Absatz 1 für Angebote in ihrer Region zu beteiligen. Die Aufteilung erfolgt nach einem von den Trägerschaften und den Gemeinden zu bestimmenden Schlüssel.

### **Art. 21b Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 5 (neu), Abs. 6 (neu), Abs. 7 (neu)**

<sup>1</sup> Die Regierung legt für die auf der Pflegeheimliste aufgeführten Alters- und Pflegeheime und Pflegegruppen ~~nach Leistungsumfang abgestuft~~ die anerkannten Kosten und die maximale Kostenbeteiligung ~~der Bewohner~~ fest für:

- b) **(geändert) Instandsetzungs- und Erneuerungskosten****Betreuungskosten;**
- c) **(geändert) Betreuungskosten; Pflegekosten.**
- d) *Aufgehoben*

<sup>2</sup> Basis für die Festlegung der anerkannten Kosten und der maximalen Kostenbeteiligung der Bewohner bilden die durchschnittlichen Kosten der wirtschaftlichen Alters- und Pflegeheime und Pflegegruppen mit einer Betriebsbewilligung ohne Auflagen gemäss Kostenrechnung ~~des~~ der Beschlussfassung vorangehenden ~~Jahres~~ **drei Jahre**. Bei der Festlegung berücksichtigt die Regierung die gegenüber ~~dem Basis-~~ **den Basisjahren** durch exogene Faktoren und die Teuerung verursachten Aufwandänderungen.

<sup>5</sup> Bei ausserordentlich pflege- oder betreuungsaufwendigen Bewohnerinnen und Bewohner kann die Regierung zusätzliche Kosten für die Pflege und Betreuung anerkennen. Der Kanton und die gemäss Artikel 21c Absatz 4 beitragspflichtige Gemeinde übernehmen die zusätzlichen Kosten zu 25 Prozent beziehungsweise zu 75 Prozent. Sie dürfen diesen erst nach Genehmigung des nachgewiesenen zusätzlichen Pflege- oder Betreuungsaufwands durch den Kanton in Rechnung gestellt werden.

<sup>6</sup> Die Regierung legt fest, welche Fälle gemäss Absatz 5 als ausserordentlich pflege- oder betreuungsaufwendig gelten.

<sup>7</sup> Die Regierung kann die anerkannten Pensionskosten entsprechend den von den Alters- und Pflegeheimen für Kurzaufenthalte zur Entlastung pflegender und betreuender Angehöriger ausgewiesenen Pflegetagen differenzieren.

### **Art. 21f Abs. 2 (aufgehoben)**

<sup>2</sup> *Aufgehoben*

---

#### **Art. 21g Abs. 2 (neu)**

<sup>2</sup> Die Beträge, um die die Beiträge für gemeinwirtschaftliche Leistungen in Anwendung von Absatz 1 litera f gekürzt werden, sind anteilmässig denjenigen Alters- und Pflegeheimen auszurichten, die eine höhere Anzahl Ausbildungsplätze für Gesundheits- und Sozialberufe zur Verfügung stellen als von der Regierung festgelegt.

#### **Art. 31 Abs. 5 (neu)**

<sup>5</sup> Die Regierung kann nach Anhören der Gemeinden Planungsregionen bezeichnen und die Gemeinden den Planungsregionen zuteilen.

#### **Art. 31c Abs. 3 (geändert)**

<sup>3</sup> Basis für die Festlegung der leistungsbezogenen Beiträge bilden die Kosten- und Leistungsdaten der Kostenrechnung ~~des~~ der Beschlussfassung vorangehenden ~~Jahres~~ **drei Jahre** der wirtschaftlichen Dienste mit einer Betriebsbewilligung ohne Auflagen. Bei der Festlegung berücksichtigt die Regierung die gegenüber dem Basisjahr durch exogene Faktoren und die Teuerung verursachten Aufwandänderungen.

#### **Art. 31d Abs. 1 (geändert), Abs. 5 (neu)**

2. Dienste ohne kommunalen Leistungsauftrag und ~~anerkannte~~**zugelassene** Pflegefachpersonen (**Überschrift geändert**)

<sup>1</sup> Der Kanton und die Gemeinden gewähren den Diensten der häuslichen Pflege und Betreuung ohne kommunalen Leistungsauftrag und den ~~anerkannten~~ **zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung zugelassenen** Pflegefachpersonen leistungsbezogene Beiträge an:

*Aufzählung unverändert.*

<sup>5</sup> Zugelassen zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung sind Pflegefachpersonen, wenn:

- a) sie über ein Pflege- und Betreuungskonzept verfügen;
- b) sie an Werktagen während mindestens fünf Stunden telefonisch erreichbar sind;
- c) ihre Stellvertretung während Ferien und anderen Abwesenheiten geregelt ist;
- d) sie gewährleisten, dass für Klientinnen und Klienten, bei denen mit dem Eintreten einer Krisensituation gerechnet werden muss, kurzfristig ein Pikettendienst rund um die Uhr bereitgestellt wird.

#### **Art. 31f Abs. 2 (neu)**

<sup>2</sup> Die Beträge, um die die Beiträge für gemeinwirtschaftliche Leistungen in Anwendung von Absatz 1 litera g gekürzt werden, sind anteilmässig denjenigen Diensten auszurichten, die eine höhere Anzahl Ausbildungsplätze für Gesundheits- und Sozialberufe zur Verfügung stellen als von der Regierung festgelegt.

---

## **II.**

Keine Fremdänderungen.

## **III.**

Keine Fremdaufhebungen.

## **IV.**

Diese Teilrevision untersteht dem fakultativen Referendum.  
Die Regierung bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens.